

Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2006

4310

**Beschluss des Kantonsrates
über die Genehmigung des Jahresberichtes
der Universität für das Jahr 2005**

(vom

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2006,

beschliesst:

I. Der Jahresbericht der Universität für das Jahr 2005 wird genehmigt.

II. Veröffentlichung im Amtsblatt.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Weisung

Gemäss § 31 Abs. 3 Ziff. 6 des Gesetzes über die Universität vom 15. März 1998 (UniG; LS 414.11) erstellt die Universitätsleitung den Rechenschaftsbericht zuhanden des Universitätsrats. Die Verabschiedung erfolgt durch den Universitätsrat zuhanden des Regierungsrates und durch diesen zuhanden des Kantonsrates (§ 29 Abs. 2 Ziff. 4 und § 26 Abs. 2 Ziff. 2 UniG). Dem Kantonsrat obliegt die Genehmigung des Rechenschaftsberichts (§ 25 Abs. 2 Ziff. 2 UniG). Der Universitätsrat behandelte den Rechenschaftsbericht 2005 der Universität Zürich in seiner Sitzung vom 6. März 2006 und verabschiedete ihn zuhanden des Regierungsrates.

Der Universitätsrat als oberstes strategisches Organ der Universität Zürich sah sich im Berichtsjahr im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH 06) mit weitgehenden Sparvorgaben konfrontiert. Zu dessen Umsetzung hat er ein Vorgehen festgelegt, das die geforderten Einsparungen ermöglicht, ohne dass dadurch

die strategischen Ziele für die universitäre Forschung und Lehre gefährdet werden. Der Universitätsrat hat entschieden, auf lineare Kürzungen zu verzichten und im Sinne der Bildung von Prioritäten und Posterioritäten auf Profilierung zu setzen. So wurde an den Universitären Forschungsschwerpunkten (UFSP) ebenso festgehalten wie an der Umsetzung der Bologna-Studienreform oder auch der Förderung des interaktiven Lernens. Die Sparmassnahmen betrafen vor allem die Zentralen Dienste und die Fakultäten; Einsparungen erfolgten in den Bereichen Infrastruktur und Lehraufträge sowie im Personalbereich.

Im Wintersemester 2005/06 betrug die Zahl der an der Universität eingeschriebenen Studierenden 23 817 (+0,4%); davon waren 12 928 weiblichen Geschlechts. 3631 Personen waren Doktorierende, und rund ein Drittel davon war an der Philosophischen Fakultät eingeschrieben. An dieser zahlenmässig grössten Fakultät studierten insgesamt 11 180 Personen in mehr als 3000 Fächerkombinationen. Die Zahl der Erstsemestrigen ist im Vergleich zum Vorjahr mit 3162 (-0,5%) geringfügig zurückgegangen. Einen starken Zustrom hatten die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät (+11,4%), wo insbesondere die Bereiche Biologie und Chemie beliebt waren, und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (+8,8%) zu verzeichnen. Mit der Besetzung von 14 zusätzlichen Professuren und 70 Mittelbaustellen konnten die Betreuungsverhältnisse erneut leicht verbessert werden. Damit werden an der Universität durchschnittlich 57,9 Studierende je Professur und 15,8 Studierende je Mittelbaustelle gezählt. Zu beachten bleibt allerdings, dass die Bedingungen je nach Fakultät und Fach sehr unterschiedlich und in einigen Bereichen – u. a. Publizistik- und Politikwissenschaft – noch ungenügend sind.

Die Lehre stand auch im Jahr 2005 ganz im Zeichen der Bologna-Reform. Die bisher noch ausstehenden Rahmenordnungen über die Bachelor- und Masterstudiengänge der Theologischen, Rechtswissenschaftlichen und Philosophischen Fakultät wurden verabschiedet, sodass auf das Wintersemester 2006/07 alle Studienangebote der Universität auf das Bologna-Modell umgestellt sein werden. Eine Ausnahme bilden die Medizinische Fakultät und die Vetsuisse-Fakultät, die ihre Studienangebote in gesamtschweizerischer Koordination überarbeiten. In administrativer Hinsicht konnte mit der Umsetzung des Projekts UniVerS eine wesentliche Vereinfachung des Studienablaufs erzielt werden. So kann die Immatrikulation zum Studium oder die Buchung von Studienmodulen durch die Studierenden neu online erfolgen. Die zuständigen Stellen haben ferner die Möglichkeit, zentrale Studiendokumente wie Leistungsausweise und Abschlussdokumente direkt aus dem System zu erstellen.

In der Forschung wurden die im letzten Jahr geschaffenen UFSP (Ethik, Finance and Financial Markets, Grundlagen menschlichen Sozialverhaltens [Altruismus und Egoismus], Integrative Humanphysiologie sowie Systembiologie/Functional Genomics) weiter gefestigt. Neu hinzugekommen ist der Schwerpunkt «Asien und Europa». Auf gesamtschweizerischer Ebene wurden der Universität zwei weitere Nationale Forschungsschwerpunkte («Herausforderungen für die Demokratie im 21. Jahrhundert» und «Medienwandel – Medienwechsel – Medienwissen») zugesprochen. Zürich ist damit bei fünf von insgesamt 20 Nationalen Forschungsschwerpunkten Heiminstitution. Auf europäischer Ebene waren die Forschenden der Universität in zahlreiche EU-Forschungsprojekte eingebunden. Rund die Hälfte dieser Projekte war dem Bereich Life Sciences gewidmet, gefolgt vom Bereich der Informationstechnologien. Die erfolgreiche Forschungstätigkeit der Universität zeigt sich auch in der Einladung zum Beitritt zur League of European Research Universities (LERU). Die LERU ist eine Gruppe von 18 breit diversifizierten Spitzenuniversitäten, die anspruchsvoller Lehre und international kompetitiver Forschung verpflichtet ist und sich insbesondere für Grundlagenforschung auf höchstem Niveau einsetzt.

Die konsolidierte Erfolgsrechnung umfasst die Erträge und Aufwendungen der universitären Mittel, der Drittmittel, des Schweizerischen Nationalfonds und des Forschungskredits der Universität. Sie schliesst mit Erträgen/Aufwendungen von rund 955,5 Mio. Franken und weist einen Staatsbeitrag von 435,6 Mio. Franken (Vorjahr: 427,7 Mio.) aus.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:	Der Staatsschreiber:
Fierz	Husi